

**Postulat
über die Sistierung der Behandlung einer Änderung
des Spitalgesetzes und damit zusammenhängender
Erlasse (neue Spitalfinanzierung) (Miteinbezug
des Kantonsrates in die Aufsicht, Zuständigkeiten
des Kantonsrates)**

eröffnet am 4. April 2011

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Behandlung einer Änderung des Spitalgesetzes und damit zusammenhängender Erlasse (neue Spitalfinanzierung) vorderhand zu sistieren und vorerst seine Public-Corporate-Governance-Strategie (PCG) im ordentlichen politischen Prozess zu verabschieden (Miteinbezug des Kantonsrates in die Aufsicht über ausgelagerte Verwaltungseinheiten und Beteiligungen des Kantons; Zuständigkeiten des Kantonsrates).

Begründung:

Im Jahre 2007 hat unsere Fraktion mit der Motion M 28 die Erarbeitung eines Reglements für das Beteiligungs- und Beitragscontrolling verlangt. Bei der Behandlung der Motion im Kantonsrat haben wir unter anderem eine Regelung der Einsitznahme des Regierungsrates in einen Verwaltungsrat auch ausgelagerter Betriebe verlangt. Das Parlament hat die Motion klar überwiesen.

Vor zwei Jahren hat die AKK mit der Motion M 298 die Regelung der parlamentarischen Oberaufsicht verlangt. Im Dezember 2010 haben wir mit der Anfrage A 800 Auskunft über die fehlende Effizienz im Bereiche der Erarbeitung des Reglements für das Beteiligungs- und Beitragscontrolling verlangt. Die Beantwortung steht noch aus.

Mit der Einreichung des Postulats bezüglich des Wahlantrags für die Ergänzungswahlen in den Verwaltungsrat der Luzerner Kantonalbank haben die Fraktionen bewiesen, dass ihnen die Verabschiedung der PCG-Strategie sehr wichtig ist und sie die Besetzung des Verwaltungsratsmandates sogar davon abhängig machen wollen.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Vernehmlassungsbotschaft zur Änderung des Spitalgesetzes: «Vor einer Neuregelung der Kompetenzen des Kantonsrates und des Regierungsrates gegenüber den verselbständigten Spitalunternehmen LUKS und Lups im Spitalgesetz sollen deshalb die Ergebnisse des und die Beratungen zum Projekt «Public Corporate Governance» abgewartet werden, mit denen im 2011 zu rechnen ist.»

Nachdem das Spitalgesetz und dessen Änderung für unsere Bevölkerung viel wichtiger sind als die Besetzung eines Verwaltungsratsmandates, dürfte es logisch sein, dass das Projekt PCG beziehungsweise die entsprechende Strategie auch hier eine Voraussetzung ist.

Wir sind uns bewusst, dass der Regierungsrat argumentieren wird, dass er zur Änderung des Spitalgesetzes durch Bundesrecht gezwungen sei. Nachdem aber vier Jahre seit der Auftragserteilung durch die Motion M 28 ohne deren Erfüllung vergangen sind, sind wir der Ansicht, dass dies das Parlament nicht mehr hinnehmen kann.

Widmer Herbert

Born Rolf

Sommer Reinhold

Heer Andreas

Amstad Heinz

Schmid-Ambauen Rosy

Keller Irene

Haessig Dieter

Küng Robert

Koller Balz

Meier-Schöpfer Hildegard

Gloor Daniel

Vitali Albert

Widmer-Picenoni Susan

Tüfer Peter

Pfäffli-Oswald Angela

Stucki Walter

Odoni Romy

Wassmer Stefan

Bucher Guido

Durrer Guido

Isenschmid-Kramis Isabel